



Wirtschaftliche Folgen eines Euro-Austritts der südeuropäischen Mitgliedsstaaten

Ein Staatsbankrott in Griechenland inklusive eines Austritts Griechenlands aus dem Euro wäre für sich genommen für die Weltwirtschaft ökonomisch verkraftbar. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Kapitalmärkte dann auch Portugal, Spanien und Italien das Vertrauen entziehen und es dort ebenfalls zu Staatsbankrotten kommt. Die Weltwirtschaft würde dadurch in eine tiefe Rezession fallen. Bis 2020 würden die 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen in Höhe von insgesamt 17,2 Billionen Euro erleiden. Die internationale Staatengemeinschaft sollte daher einen Staatsbankrott und Euroaustritt Griechenlands verhindern, um die damit verbundenen möglichen Dominoeffekte zu vermeiden.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

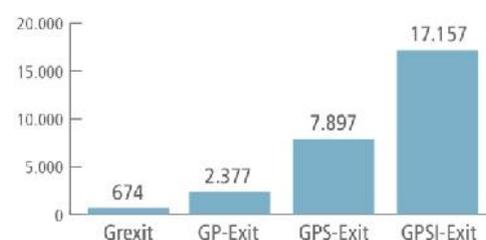
**Dr. Michael
Böhmer**
Prognos AG

Telefon:
+49 89 954 1586-
701
E-Mail:
michael.boehmer@
prognos.com

Fokus

Kumulierte Einbußen des realen Bruttoinlandsprodukts in den 42 wichtigsten Volkswirtschaften (2013 bis 2020) in den vier Szenarien

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Prognos AG.

| BertelsmannStiftung

Erläuterung der Szenarien:

- Grexit: Staatsbankrott und Euroaustritt von Griechenland
- GP-Exit: Staatsbankrott und Euroaustritt von Griechenland und Portugal
- GPS-Exit: Staatsbankrott und Euroaustritt von Griechenland, Portugal und Spanien
- GPSI-Exit: Staatsbankrott und Euroaustritt von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien

Seit Beginn der Euro-Krise im Herbst 2009 hat sich die Diskussion um den möglichen Austritt einzelner Mitgliedstaaten aus dem Euro zugespitzt. Im Juli 2012 vertrat beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler die Ansicht, dass ein Austritt Griechenlands aus dem Euro längst seinen Schrecken verloren hätte. Ähnlich äußerte sich der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt Ende August 2012 als er verkündete, dass er Griechenland im Jahr 2013 außerhalb der Euro-Zone sehe. Die Anfang September 2012 getroffene Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der europäischen Krisenstaaten aufzukaufen, hat die Situation der hochverschuldeten Euro-Mitglieder vorerst entschärft. Dennoch ist deren Haushaltslage nach wie vor extrem angespannt. Anfang Oktober 2012 wies der griechische Regierungschef Antonis Samaras nachdrücklich darauf hin, dass die öffentlichen Kassen seines Landes ohne weitere Hilfszahlungen aus dem Ausland Ende November 2012 leer sein würden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass ein Ausschluss eines Landes aus der Euro-Zone rechtlich derzeit nicht möglich ist. Denkbar wäre aber, dass die internationalen Hilfszahlungen ausbleiben, weil die Geberstaaten die Konsolidierungsschritte in den südeuropäischen Krisenländern für unzureichend halten. Ohne die Finanzhilfen des Europäischen Rettungsschirms bzw. des Internationalen Währungsfonds würden diese Staaten keine weiteren Gelder mehr erhalten, sodass es zu einem Staatsbankrott käme. Damit der betreffende Staat dennoch Gehälter, Pensionen und andere vertraglich festgelegte Leistungen bezahlen kann, müsste er eine eigene Währung einführen, also aus dem Euro austreten. Die möglichen realwirtschaftlichen Folgen, die sich aus dem Euro-Austritt und Staatsbankrott eines oder mehrerer Krisenländer für die Weltwirt-

schaft ergeben könnten, werden im Folgenden näher untersucht.

1. Konzeption der Ausstiegsszenarien

Zur Abschätzung der ökonomischen Konsequenzen eines Euro-Austritts der vier Länder, die momentan die größten haushaltspolitischen Probleme aufweisen, werden vier Szenarien entwickelt. Im ersten Szenario verlässt nur Griechenland die Euro-Zone (Grexit-Szenario). Im zweiten Szenario treten Griechenland und Portugal aus dem Euro aus (GP-Exit-Szenario). Im dritten Szenario verlässt zusätzlich noch Spanien den Euro (GPS-Exit-Szenario) und abschließend werden die Konsequenzen abgeschätzt, die sich ergeben würden, wenn Griechenland, Italien, Portugal und Spanien gemeinsam die Euro-Zone verlassen (GPSI-Exit-Szenario). Dieser sequentielle Ablauf der Austrittsvarianten wurde gewählt, weil er dem aktuellen Stand der Diskussion um mögliche Austrittskandidaten entspricht.

Die realwirtschaftlichen Konsequenzen, die mit diesen Szenarien verbunden sind, werden mit Hilfe des makroökonomischen Weltmodells VIEW der Prognos AG abgeschätzt (siehe Textbox). Zur Berechnung der realwirtschaftlichen Konsequenzen wird simuliert, wie sich die Wirtschaftsleistung – also das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) – in den 42 Ländern des VIEW-Modells bis zum Jahr 2020 entwickeln würde, wenn die vier Szenarien im Jahr 2013 Realität werden sollten. Die aus den Szenarien resultierenden Berechnungen zur Höhe des realen BIP werden mit der wirtschaftlichen Entwicklung des „Weltreports 2012“ verglichen, der von einem Fortbestand der Euro-Zone ausgeht (Basisszenario). Die dort durchgeführten Prognosen zur weltwirtschaftlichen Ent-

wicklung wurden ebenfalls mit dem VIEW-Modell erstellt. Der im Sommer 2012 erstellte „Weltreport 2012“ prognostiziert angesichts der weltweit erforderlichen Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte bis 2016/2017 eine deutliche Dämpfung des weltweiten Wirtschaftswachstums. In den vier Szenarien kommt es zu weiteren Wachstumseinbußen.

Die vier Simulationsrechnungen basieren auf folgenden Annahmen: Es wird angenommen, dass zunächst die Finanzhilfen für Griechenland eingestellt werden, so dass es dort zu einem Staatsbankrott kommt, in dessen Folge auch eine eigene griechische Währung eingeführt wird. Der Staatsbankrott führt zu einem massiven Schuldenschnitt.

Realistischerweise kann heute niemand vorhersagen, wie groß dieser ausfallen würde. Wir gehen

in den Simulationsrechnungen von einem 60-prozentigen Schuldenschnitt aus. Die somit verbleibenden 40 Prozent der Forderungen bleiben in Euro denominated. Dieser Schuldenschnitt betrifft sowohl öffentliche als auch private Gläubiger, die 60 Prozent ihrer Forderungen gegenüber Griechenland abschreiben müssen. Exemplarisch sind die Forderungsverluste des öffentlichen und privaten Sektors für ausgewählte Länder in Tabelle 1 dargestellt.

Für die öffentlichen Haushalte bedeuten die Forderungsverluste Abschreibungen in entsprechender Höhe. Abschreibungen stellen buchhalterische Kosten dar, sodass die staatlichen Budgetdefizite der Länder, die direkt oder indirekt für Griechenland haften, größer werden. Damit steigen in diesen Ländern die Staatsschulden und der zu leistende Schuldendienst. Der Staat muss daher an anderer Stelle Konsolidie-

rungsmaßnahmen ergreifen, also entweder seine Ausgaben reduzieren oder die Steuern und Abgaben erhöhen. Beides führt dazu, dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurückgeht, was dann auch eine Verringerung der Produktion und Beschäftigung zur Folge hat. Die Budgetwirkungen eines Schuldenschnitts werden in den Simulationsberechnungen für sämtliche Industrieländer des VIEW-Modells berücksichtigt, indem die umfangreichen Forderungen bzw. Haftungen für Kredite (EFSM-, EFSF- und IWF-Hilfen, Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB, Target-Kredite) der einzel-

Das VIEW-Modell: Bei diesem Modell handelt es sich um ein umfassendes makroökonomisches Modell, das 42 Länder und damit mehr als 90 Prozent der Weltwirtschaft abdeckt. Es behandelt neben der Entstehung und Verwendung der produzierten Güter und Dienstleistungen auch den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen und verbindet dabei alle beteiligten Länder über Exporte, Importe, Wechselkurse etc. miteinander. Das Modell wird zur Berechnung von Prognosen und Szenarien eingesetzt.

nen Industrieländer entsprechend abgeschrieben werden. Bei den Schwellenländern ist eine Berücksichtigung der Budgetwirkungen der Forderungsverluste aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich.

Die privaten Gläubiger des griechischen Staates und des griechischen Privatsektors müssen ebenfalls 60 Prozent ihrer Forderungen abschreiben. In den vorliegenden Berechnungen geht dieser Verlust annahmegemäß direkt als negativer Vermögenseffekt in die Einkommen der privaten Haushalte des betreffenden Jahres ein. In der Folge werden deren Konsumausgaben und Wohnungsbauinvestitionen gedämpft.

Auch für Griechenland selbst haben der Staatsbankrott und die Wiedereinführung einer eigenen Währung erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen: Die neue grie-

chische Währung wird gegenüber allen anderen Währungen abgewertet. So wie schon bei der Höhe des Schuldenschnitts herrscht auch bezüglich des konkreten Ausmaßes der Abwertung große Unsicherheit. In den Berechnungen des VIEW-Modells wird von einer 50-prozentigen Abwertung der neuen griechischen Währung ausgegangen. Diese Abwertung hat zur Folge, dass der in der griechischen Währung ausgedrückte Staatsschuldenstand steigt, da die Altschulden Griechenlands in Euro denominiert sind. Die effektive Reduktion der Staatsverschuldung beträgt deshalb nur 20 Prozent.

Als Folge der Staatspleite verlieren die Kapitalmärkte jegliches Vertrauen in die zukünftige Bonität des griechischen Staates. Der griechische Staat kann daher nur das ausgeben, was er durch Steuern und Abgaben einnimmt. Der geplante staatliche Budgetsaldo liegt daher bis 2020 bei null. Die Staatspleite und die Währungs- umstellung führen schließlich noch zu einer massiven Verunsicherung der griechischen Konsumenten und nationaler sowie internationaler Investoren, was negative Konsequenzen für den privaten Konsum und die privaten Investitionen hat. In Anlehnung an historische Beispiele (z. B. Argentinien 2001) werden in den Simulationsrechnungen für beide Nachfragekomponenten eine zehnprozentige Verringerung im Jahr 2013 und eine fünfprozentige Reduktion im Jahr 2014 angenommen. Alle bisher skizzierten negativen Impulse für die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen beschränken sich nicht nur auf das jeweils betreffende Land. Da die einzelnen Volkswirtschaften über Exporte und Importe intensiv miteinander ver-

flochten sind, breiten sich Nachfragerückgänge eines Landes schnell auf dessen Handelspartner aus. Daraus resultiert dann im Ergebnis ein weltweiter Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Tabelle 1: Forderungsverluste des öffentlichen und privaten Sektors in den vier Szenarien unter der Annahme eines 60-prozentigen Forderungsausfalls gegenüber dem öffentlichen und privaten Sektor eines Austrittslandes, Angaben für ausgewählte Länder in Milliarden Euro

Land	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Deutschland	64,0	99,1	266,1	455,2
Frankreich	54,9	81,6	211,8	457,7
Großbritannien	2,3	13,1	52,5	78,3
Niederlande	12,3	19,2	71,6	115,1
USA	6,3	10,5	29,6	47,8

Quelle: Prognos AG.

| Bertelsmann Stiftung

Die übrigen drei Szenarien werden analog simuliert, d. h. es werden für alle betroffenen Länder ein 60-prozentiger Schuldenschnitt und eine 50-prozentige Abwertung der neu eingeführten Währung angenommen.

2. Konsequenzen der Ausstiegsszenarien

Die nachfolgend präsentierten Simulationsberechnungen des VIEW-Modells veranschaulichen die Auswirkungen der vier Szenarien für die 42 Länder dieses Modells. Die Resultate werden wie bei allen Simulationsrechnungen von den zugrunde gelegten Annahmen beeinflusst, in diesem Fall vor allem von den konkreten Werten zur Höhe der Schuldenschnitte und der Abwertungen. Die hier getroffenen Annahmen sind unserer Meinung nach die derzeit beste Annäherung an mögliche Entwicklungen.

Ausgehend von den getroffenen Annahmen lassen sich die Konsequenzen der vier Szenarien für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum von 2013 bis 2020 berechnen. Um die Wachstumseffekte jedes einzelnen Szenarios abzubilden, werden die jährlichen Einbußen des BIP gegenüber der Entwicklung des „Weltreports 2012“ berechnet und anschließend über die Jahre 2013 bis 2020 addiert. Die so berechneten kumulierten Wachstumseinbußen sind für alle vier Szenarien in Tabelle 2 dargestellt.

Grexit-Szenario: Ein Staatsbankrott und Euro-Austritt Griechenlands ist für sich genommen sowohl für Europa und als auch für die Weltwirtschaft nur mit geringen Wachstumseffekten verbunden. Die gesamten BIP-Verluste der Jahre 2013 bis 2020 in den 42 VIEW-Ländern, die mehr als 90 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ausmachen, würden sich auf 674 Milliarden

Tabelle 2: Kumulierte Einbußen des realen Bruttoinlandsprodukts (nicht diskontiert) über den Zeitraum von 2013 bis 2020 in den vier Szenarien, jeweils im Vergleich zum Basisszenario aus dem „Weltreport 2012“, Angaben in Milliarden Euro.

Land	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Argentinien	-3	-9	-34	-65
Australien	-5	-19	-61	-138
Belgien	0	5	28	70
Brasilien	-10	-35	-113	-233
Bulgarien	2	3	8	17
Chile	-2	-9	-33	-69
China	-81	-275	-924	-1.922
Danemark	1	-2	-11	-22
Deutschland	-73	-225	-850	-1.707
Estland	0	-1	-2	-4
Finnland	-2	-8	-27	-55
Frankreich	-157	-331	-1.225	-2.913
Griechenland	-164	-164	-168	-174
Großbritannien	-6	-89	-419	-738
Indien	-22	-82	-265	-558
Irland	-3	-12	-51	-93
Israel	-2	-7	-22	-47
Italien	6	-9	-79	-1.047
Japan	-8	-74	-345	-857
Kanada	8	37	123	274
Lettland	0	0	-1	-3
Litauen	0	-1	-3	-6
Mexiko	-10	-34	-109	-227
Neuseeland	-1	-3	-9	-20
Niederlande	-10	-32	-201	-344
Norwegen	1	-5	-21	-48
Österreich	-5	-17	-61	-197
Polen	-3	-12	-42	-91
Portugal	-12	-84	-159	-179
Rumänien	-1	-3	-11	31
Russland	5	-23	-104	-294
Schweden	-3	-12	-41	-85
Schweiz	-3	-15	-90	-240
Slowakei	-1	-2	-9	-19
Slowenien	0	-1	-4	-26
Spanien	16	-301	-755	-973
Südafrika	-1	-5	-19	-40
Süd-Korea	-5	-34	-124	-284
Tschechische Republik	-1	-5	-18	-39
Türkei	-7	-24	-76	-161
Ungarn	-1	-3	-9	-23
Vereinigte Staaten	-93	-365	-1.244	-2.825
Euro-Zone 14*	-403	-1.190	-3.605	-7.755
EU-24*	-419	-1.320	-4.168	-8.811
Industrieländer	-541	-1.874	-6.198	-13.542
Schwellenländer	-133	-503	-1.699	-3.615
Alle Länder**	-674	-2.377	-7.897	-17.157

*: Luxemburg, Malta und Zypern können aufgrund von Datenmängelungen nicht im VIEW-Modell berücksichtigt werden.
 **: Die 42 Länder des VIEW-Modells decken mehr als 90 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ab.

Euro aufsummieren. Griechenland selbst trägt davon mit 164 Milliarden Euro den größten Anteil. In Deutschland liegen die kumulierten Wachstumsverluste bei lediglich 73 Milliarden Euro. Um die Bedeutung der BIP-Einbußen für die einzelnen Länder besser vergleichen zu können, werden die kumulierten Wachstumsverluste in Relation zum BIP des Jahres 2013 gesetzt. In Griechenland betragen die kumulierten BIP-Verluste 94 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2013, in Deutschland und den USA hingegen nur 2,9 bzw. 0,9 Prozent. Verhältnismäßig stark betroffen wären Frankreich, Portugal und Bulgarien, deren kumulierte BIP-Verluste sich auf jeweils etwa 8 Prozent belaufen würden.

GP-Exit-Szenario: Die Auswirkungen eines Austritts von Griechenland und Portugal auf die weltwirtschaftliche Entwicklung wären spürbarer, aber immer noch relativ gering. In diesem Szenario addieren sich die kumulierten Wachstumsverluste der 42 VIEW-Länder zu fast 2,4 Billionen Euro auf. In Portugal selbst fielen BIP-Einbußen in Höhe von 84 Milliarden Euro an. Auch in Deutschland würde dieses Szenario mit einem kumulierten BIP-Verlust von 225 Milliarden Euro spürbare wirtschaftliche Schäden hervorrufen. Für die USA ergeben sich mit Wachstumseinbußen in Höhe von 365 Milliarden Euro absolut betrachtet sogar größere Verluste als in den europäischen Volkswirtschaften. Hohe absolute Verluste müssten zudem Frankreich mit 331 Milliarden Euro und China mit 275 Milliarden Euro hinnehmen. Diese Größen relativieren sich jedoch beim Blick auf die Wachstumsverlust in Relation zum BIP des Jahres 2013: In den USA und in Deutschland belaufen sich die kumulierten BIP-Einbußen auf 3,3 bzw. 9,1 Prozent des BIP des Jahres 2013. In Frankreich (17,6 Prozent) ist der entsprechende Wert spürbar höher. In Portugal hingegen addieren sich die Wachs-

tumsverluste auf fast 55 Prozent des BIP des Jahres 2013 auf. Für Griechenland erhöht sich der Wert nur noch sehr geringfügig im Vergleich zum Grexit-Szenario und verbleibt bei gut 94 Prozent.

GPS-Exit-Szenario: Bei einem gemeinsamen Austritt von Griechenland, Portugal und Spanien ergeben sich weltweit spürbare Wachstumseinbußen. In Frankreich addieren sich die Wachstumsverluste bis 2020 auf über 1,2 Billionen Euro auf und in Deutschland auf über 850 Milliarden Euro. Für die vier BRIC-Staaten ergeben sich kumulierte Wachstumseinbußen in Höhe von 1,4 Billionen Euro und für die USA in Höhe von mehr als 1,2 Billionen Euro. Der gesamte wirtschaftliche Schaden der 42 VIEW-Länder liegt bei knapp 7,9 Billionen Euro. Auch in Relation zum BIP des Jahres 2013 steigen die kumulierten Wachstumsverluste nun stark an. Besonders betroffen sind dabei Portugal (wegen den engen Handelsbeziehungen mit Spanien) und Frankreich (unter anderem wegen des starken Engagements der französischen Banken in Spanien). Portugal weist in diesem Szenario einen BIP-Verlust in Höhe von 104 Prozent in Relation zum BIP des Jahres 2013 auf, gefolgt von Griechenland (96 Prozent), Spanien selbst (81 Prozent) und Frankreich (65 Prozent). In Deutschland liegt der entsprechende Wert bei 34 Prozent, in den USA bei gut 11 Prozent, und in China bei 24 Prozent.

GPSI-Exit-Szenario: Der gemeinsame Austritt aller vier Krisenländer würde schließlich eine weltweite Rezession hervorrufen und für die 42 VIEW-Länder bis 2020 einen Wachstumsverlust in Höhe von fast 17,2 Billionen Euro nach sich ziehen. Absolut betrachtet wären die Verluste in Frankreich (2,9 Billionen Euro), den USA (2,8 Billionen Euro), China (1,9 Billionen Euro) und Deutschland mit rund 1,7 Billionen Euro am größten. Frankreich würde unter anderem wegen der hohen Kreditvergabe der heimischen Banken besonders stark unter dem zusätzlichen italienischen Staatsbankrott und Euro-Austritt leiden: Die aufsummierten Wachstumsverluste erreichen einen Wert von 154 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2013. In Italien selbst liegt der kumulierte BIP-Verlust mit rund 75 Prozent des BIP des Jahres 2013 etwas über dem entsprechenden Wert Deutschlands (69 Prozent). Für die USA ergibt sich ein Wert von knapp 25 Prozent und für China von rund 49 Prozent.

Ein derart starker Einbruch des realen BIP führt zwangsläufig zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im GPSI-Exit-Szenario ist beispielsweise Deutschlands Erwerbslosenquote in den Jahren 2015 und 2016 rund 2,5 bzw. 2,2 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. In den restlichen Jahren des hier betrachteten Zeitraums liegt die deutsche Erwerbslosenquote 0,5 bis 1,7 Prozentpunkte über den Werten des Basisszenarios.

3. Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Ein Staatsbankrott in Griechenland inklusive eines Austritts Griechenlands aus dem Euro wäre für sich genommen für die Weltwirtschaft ökonomisch verkraftbar. Welche Folgewirkungen sich daraus erge-

ben, ist jedoch nicht absehbar. Denkbar ist einerseits, dass dieser Schritt den übrigen südeuropäischen Krisenstaaten nachhaltig signalisiert, dass sie ohne massive eigene Anstrengungen nicht mehr davon ausgehen können, die erhofften Finanzhilfen zu erhalten. Dies könnte den Widerstand gegen harte, aber notwendige Reformen verringern und so zur Lösung der Euro-Krise beitragen. Es ist aber andererseits nicht auszuschließen, dass ein griechischer Staatsbankrott zu Kapitalmarktreaktionen und Spekulationen führt, die Portugal, Spanien und schließlich auch Italien in einen Staatsbankrott führen. Dies würde die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession stürzen, die auch vor außereuropäischen Volkswirtschaften keinen Halt machen würde. Neben den rein ökonomischen Konsequenzen ist dann auch mit erheblichen sozialen Spannungen und politischen Instabilitäten zu rechnen – vor allem in den Ländern, die aus dem Euro ausscheiden, aber auch in anderen Volkswirtschaften. Die Gefahr von Domino-Effekten durch einen Austritt Griechenlands mit den Folgen einer länger andauernden weltweiten Rezession ist also gegeben. Will sich die internationale Staatengemeinschaft - auch außerhalb Europas - dieser Gefahr nicht aussetzen, sollte sie ihre Anstrengungen zur Stabilisierung der Währungsunion konsequent beibehalten.

Policy Brief 2012/04: Die Vermessung der SMW

Der „Index moderner sozialer Marktwirtschaften“ (MSMW-Index) definiert und misst die Eigenschaften der modernen sozialen Marktwirtschaft im internationalen Vergleich. Im Gegensatz zu anderen Indizes, die die Wirtschaftsleistung messen, setzt der MSMW-Index bei den Institutionen und Konstruktionsmerkmalen moderner Marktwirtschaften an. Unter anderem könnte der Index die Europäische Union dahingehend anleiten, dass sie die „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ erreicht, die sie im Vertrag von Lissabon als ihre gewünschte Wirtschaftsordnung bezeichnet.

Policy Brief 2012/05: Maastricht 2.0

Die gegenwärtigen Verschuldungsregeln der Europäischen Union behandeln alle Länder gleich. Der hier skizzierte Alternativvorschlag der Bertelsmann Stiftung und Prognos AG berücksichtigt länderspezifische Gegebenheiten, ohne dabei willkürlich zu sein. Diese Regel ist wachstumsfreundlicher als die europäische Schuldenbremse. Bis 2030 addieren sich die realen Wachstumsgewinne gegenüber der europäischen Schuldenbremse auf mehr als 450 Mrd. Euro. Deutschland profitiert am stärksten von der neuen Regelung wegen des höheren Wirtschaftswachstums in den Partnerländern.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- Laura Naegele, Claire Dhéret und Eric Thode, „Bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitskräfte“